

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**100 Jahre Kriege und Friedensbemühungen
seit dem Baseler Friedenskongreß 1912**

Egbert Jahn

10. Dezember 2012

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Robert-Mayer-Str. 5
D-60054 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)
Fax: +49-69-798 28460
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut_2/ejahn/

Zusammenfassung

Hundert Jahre nach dem Außerordentlichen Kongreß der Zweiten Sozialistischen Internationale in Basel am 24./25. November 1922 fällt die Bilanz von Krieg und Frieden höchst ambivalent aus. Einerseits folgten ihm zwei Weltkriege und wohl rund 300 bis 400 lokale und regionale Kriege mit über 35 Millionen Kriegstoten sowie ungezählte Massenmorde an Zivilisten und Kriegsgefangenen mit weit über 170 Millionen Mordopfern. Von Abrüstung kann keine Rede sein; im Gegenteil wurden die Vernichtungskapazitäten ständig vermehrt und verfeinert. Andererseits wurden einige wichtige Ziele der Arbeiter- und der Friedensbewegung erreicht: die Bildung einer globalen Staatenorganisation Vereinte Nationen und einer Europäischen Union, die einen Krieg zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten äußerst unwahrscheinlich macht, die universale Ächtung des Angriffskrieges seit 1928, die Ausweitung der nationalen Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit, die Abkehr von territorialer Expansionspolitik, die Ausbreitung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine gewachsene Abneigung gegenüber dem Krieg als Konfliktform in der Weltbevölkerung. Dennoch ist die Bewegung gegen Krieg und Rüstung und für Frieden kaum stärker geworden und vermag lediglich sporadisch mehrere Millionen Menschen zu mobilisieren. Gleichzeitig spaltete sie sich in zahlreiche Strömungen mit teils gegensätzlichen Zielsetzungen und Methoden auf. Eine multidimensionale Friedenspolitik könnte eine Zusammenarbeit dieser Strömungen erleichtern.

Insgesamt hat sich in den letzten Jahrzehnten die Gefahr eines Dritten Weltkrieges und zwischenstaatlicher Kriege beträchtlich verringert, während die von Bürgerkriegen nach wie vor hoch ist. Dennoch kann keineswegs von einem unaufhaltsamen Fortschritt zu einem dauerhaften Weltfrieden die Rede sein. Die Entstehung einer geschichtsmächtigen Weltfriedenspartei und einer Weltfriedensbewegung ist auch in Zukunft unwahrscheinlich.

Unter Frieden sollte nur Nichtkrieg verstanden werden, um ein teils koordiniertes, teils unbewußtes Zusammenwirken von Friedenswilligen jeglicher gesellschaftspolitischer Orientierung zu ermöglichen. Das schließt nicht aus, daß diejenigen, die sich für Frieden einsetzen, auch andere, untereinander kontroverse Ziele und Werte verfechten. Frieden wird vermutlich nur als Resultante der Aktivitäten von Regierungen der Nationalstaaten und bürgerkriegsfähigen Organisationen, den Hauptverantwortlichen für Krieg und Frieden, und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Akteuren entstehen. Die Funktion von gewaltfreien und gewaltlosen Bewegungen besteht vor allem darin, als unerträglich empfundene Regime zu stürzen. Sie können jedoch kaum den Vorbehalt der meisten Menschen für den nationalen Verteidigungskrieg beseitigen, so daß Weltfrieden zunächst nur als bewaffneter Frieden vorstellbar ist.

1 Unvereinbare Friedensvorstellungen als Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung und des Ersten Weltkriegs

Läßt sich trotz des politisch-moralischen Versagens und des Zusammenbruchs der Sozialistischen Internationale nach der eindrucksvollen Bekundung ihres Friedenswillens auf ihrem Baseler Außerordentlichen Kongreß im November 1912 eine historische Tendenz zum dauerhaften Weltfrieden in den vergangenen einhundert Jahren feststellen? Oder haben diejenigen recht, die sagen: Kriege wird es immer geben, solange es Menschen gibt? Auf dem in der letzten Vorlesung verteilten Fragebogen kreuzten 102, das sind 65,4 Prozent von 156 Vorlesungsteilnehmern die entsprechende Rubrik an. Die Senioren und die Männer unter den Vorlesungsbesuchern waren übrigens noch etwas geschichtspessimistischer als die Studenten und die Frauen.¹ Lediglich 32 oder 20,5 Prozent aller Befragten waren der Auffassung, daß „Krieg als spezifische tödliche Konfliktform um die Ordnung in und zwischen Gemeinwesen“ abschaffbar und daß „ein unbegrenzt dauerhafter Weltfrieden in der Zukunft möglich“ sei. Weitere 17 oder 10,9 Prozent äußerten die Zuversicht, daß der derart als politische Institution verstandene Krieg in der Zukunft abgeschafft werden wird.² Bei einer Umfrage mit denselben Fragen vor 11 Jahren in Mannheim waren die Antworten pessimistischer.³ Die These, „daß die Intensität der Globalisierung und der internationalen Interdependenz sowie andere Faktoren einen Dritten Weltkrieg höchst unwahrscheinlich machen“, befürworteten 67,3 Prozent.⁴

Die Resolutionen der Sozialistischen Internationale hatten die feste Zuversicht ausgedrückt, daß der Krieg als zwischenmenschliche Konfliktform abgeschafft werden wird, und zwar durch die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaft. Der Fortschrittsoptimismus war vor 1914 weitaus verbreiteter als er es heute hier im Auditorium wie auch in der Weltöffentlichkeit ist. Die Kriegsgreuel des Ersten Weltkrieges verursachten einen Zivilisationsschock und –bruch, der durch die Greuel in den kommunistischen und nationalsozialistischen Konzentrationslagern und im Zweiten Weltkrieg nochmals gesteigert wurde und weithin den historischen Fortschrittsoptimismus wohl noch für sehr lange Zeit zerbrochen hat. Seit 1912 hat es niemals mehr eine so breite Opposition von Parlamentsparteien und Massenbewegungen in den Ländern, deren Regierungen einen Krieg gegeneinander vorbereiteten, wie damals gegeben. In den meisten Fällen verhinderte eine Diktatur in einer oder in beiden kriegsbereiten Ländern oder Bündnissen, daß sich überhaupt ein nennenswerter Widerstand gegen einen bevorstehenden Krieg äußern konnte. In anderen Fällen waren die Friedensvorstellungen der Oppositionellen auf beiden Seiten der Konfliktfront unvereinbar, so daß es zu keinen vergleichbaren gemeinsamen Friedensbekundungen wie in Basel kommen konnte.

Die Arbeiterbewegung zerbrach nach 1914 in zwei Hauptzweige, den sozialdemokratischen und den kommunistischen, sowie zahlreiche kleinere Gruppierungen. Die Folgen der Spaltung waren verheerend. Sozialisten, die im Baseler Münster am 25. November 1912 noch gemeinsam dem Friedensmanifest applaudiert und die Hymne der Internationale gesungen hatten, standen sich wenige Jahre später in mehreren Ländern im Bürgerkrieg gegenüber. Nachdem die Kommunisten nur in wenigen Ländern siegreich geblieben waren, begegneten sie sich mit Sozialdemokraten auch im Staatenkrieg als Feinde und bedrohten sich schließlich im Kalten Krieg mit der wechselseitigen Ausrottung durch Atomwaffen. Das hinderte die Sozialisten jeglicher Orientierung nicht, an dem politischen Ziel des dauerhaften Weltfriedens festzuhalten. Nur wurden die Friedensvorstellungen der Sozialdemokraten völlig unvereinbar mit denen der Kommunisten. Unbedingte Pazifisten, d. h. Gegner jeglichen Krieges, blieben in beiden Zweigen der Arbeiterbewegung nur eine winzige, meist religiös motivierte Minderheit.

Die Kommunisten hielten programmatisch an den Vorstellungen der Ersten und Zweiten Internationale fest, daß ein dauerhafter Weltfrieden nur im Sozialismus möglich sei, der die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch revolutionären Bürgerkrieg erfordere. Nachdem für die Kommunisten unerwartet die Weltrevolution in den Jahren 1917-1923 gescheitert war, die kommunistische Sowjetmacht sich aber dennoch in großen Teilen des ehemaligen rußländischen Reiches behaupten konnte, wurde die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung des vorgeblichen Vaterlandes aller Proletarier zur selbstverständlichen Pflicht aller Kommunisten auf der Welt. Umgekehrt sollte die Sowjetunion „brüderliche (militärische) Hilfe“ für die revolutionären Bewegungen in den noch kapitalistischen Ländern leisten, ein Grundsatz, der jedoch rasch durch pragmatische außenpolitische Risikokalküle relativiert wurde, da die Sowjetunion nicht bereit war, ihre Existenz durch die Ausweitung jeden kommunistischen Aufstandes in einem internationalisierten Krieg aufs Spiel zu setzen. Aus derselben Vorstellung von Weltfrieden als Weltsozialismus ergab sich die Aufgabe der kommunistisch beeinflussten Antirüstungsbewegung in den kapitalistischen Staaten, die Aufrüstung und Kriegsbereitschaft der kapitalistischen Staaten zu beeinträchtigen, um eine Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Interesse eines dauerhaften Weltfriedens zu begünstigen.

Seit dem Ende der 1940er Jahre lebte ein Drittel der Menschheit in 15, später 16 Staaten unter nationalkommunistischer Herrschaft. Bei der mehrfachen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in einander sich bekämpfende und militärisch bedrohende Parteien und Staaten seit 1948 (Sowjetunion, Jugoslawien, China, Vietnam, Kambodscha), die schließlich auch

in Ostasien Bürger- und Staatenkriege gegeneinander führten, hielten zwar alle Kommunisten an ihrer Weltfriedensprogrammatische fest, faktisch wurde aber ihr Internationalismus zu einer Ideologie im jeweiligen Nationalinteresse. Dementsprechend instrumentalisierte die sowjetische Außenpolitik die Dritte oder Kommunistische Internationale (1919-1943).⁵

Der sozialdemokratische Zweig der Arbeiterbewegung entwickelte nach Basel 1912 und der Entscheidung für den nationalen Kriegspatriotismus 1914 keine gemeinsame Friedensvorstellung mehr. Der rechte Flügel ging in allen Ländern zu einer pragmatischen Außen- und Militärpolitik mit dem Kriegsvorbehalt für Fälle der Verteidigung des Vaterlands und gegebenenfalls auch seines kolonialen Besitzes über, ehe nach dem Zweiten Weltkrieg sozialdemokratische Parteien wichtige Beiträge zur Auflösung der Kolonialreiche leisteten.

Nach der Entscheidung der Sozialdemokraten für die parlamentarische Demokratie, für den sozialistischen Reformismus und bald darauf den Reformkapitalismus übernahm der linke Flügel der Parteien zentrale Forderungen der Friedensbewegung: Errichtung eines Völkerbundes, Stärkung des Friedensvölkerrechts, Ausbau der internationalen Organisationen, Rüstungsverringerung und internationale (Schieds-)Gerichtsbarkeit. Er wurde damit zu einer zentralen Säule des Pazifismus,⁶ also des gemäßigten Teils der traditionellen, völkerrechtlich orientierten Friedensbewegung, der stets einen Kriegsvorbehalt für die nationale Vaterlandsverteidigung und den internationalen Sanktionskrieg beibehielt. Eduard Bernstein, Karl Kautsky und viele *Labour*-Politiker gehörten zu den engagierten Verfechtern dieser Richtung, die vor 1914 schon durch Hjalmar Branting repräsentiert wurde.⁷ Unbedingte Pazifisten blieben in der Sozialdemokratie eine verschwindende Minderheit, am auffälligsten betätigten sie sich in der britischen *Labour*-Partei mit ihren Wurzeln im christlichen Sozialismus.

Die Friedensbewegung engagierte sich nunmehr ebenfalls für die parlamentarische Demokratie, viele ihrer Verfechter auch für soziale Reformen. Damit konnten Liberale und Sozialdemokraten jetzt in denselben Friedensorganisationen zusammenarbeiten. Die Friedensbewegung mit einem starken linksliberal-sozialdemokratischen Charakter erkannte vollends die wichtige Bedeutung der öffentlichen Meinung neben der Beratung der Herrschenden. Sie konnte aber in den ihr nahestehenden Parteien oder gar in der Gesellschaft niemals Mehrheiten erlangen und den politischen Kurs bestimmen. Sie gewann nirgends maßgeblichen Einfluß auf Rüstungsprojekte und Entscheidungen über Kriege. Sie kritisierte scharf die Pariser Friedensverträge als Impuls für einen zweiten Weltkrieg, den 1920 entstandenen Völkerbund als einen Bund der imperialen Siegermächte und forderte die Abrüstung auch der Siegermächte. Je mehr sozialdemokratische Parteien jedoch Regierungsverantwortung, also auch für Außen-,

Rüstungs- und Militärpolitik übernahmen, oft in Koalition und damit im Kompromiß mit bürgerlichen Parteien, desto mehr geriet die Friedensbewegung in Opposition zu ihnen.

Nach 1945 näherten sich viele sozialdemokratische und im geringeren Maße auch liberale Parteien wieder den Forderungen der Friedensbewegung an, in der jedoch Parteipolitiker weit weniger Einfluß nehmen konnten oder wollten als in der Zwischenkriegszeit. Die Friedensbewegung entwickelte sich immer mehr zu kurzlebigen außerparlamentarischen Ad-hoc-Bündnissen von Individuen und kleinen Organisationen gegen einzelne Rüstungsprojekte und Kriege. Sie vermochte bislang keine auf Verbindlichkeit ausgerichtete konzeptionelle Debatte wie noch vor und nach dem Ersten Weltkrieg hervorzubringen. Somit ist 100 Jahre nach Basel festzuhalten, daß weder die kommunistischen und sozialdemokratischen Nachfolger der Sozialistischen Internationale noch die Friedensbewegung zu geschichtsmächtigen Faktoren wurden, um einem dauerhaften Weltfrieden näher zu kommen. Es müssen also auch andere gesellschaftspolitische Kräfte in Betracht gezogen werden, um die Entwicklung von Krieg und Frieden im vergangenen Jahrhundert und in Zukunft verstehen zu lernen.

2 Die Gleichzeitigkeit der Barbarisierung und der Zivilisierung der internationalen Gesellschaft seit 1914

Die Bilanz der hundert Jahre Entwicklung seit dem Baseler Kongreß fällt höchst ambivalent aus. Zivilisierungsprozesse fanden gleichzeitig neben ungeheuren Barbarisierungsprozessen statt. Bis 1914 glaubten viele Menschen ganz unterschiedlicher politischer Orientierung an einen unaufhaltsamen Fortschritt von der Barbarei, d. h. gesellschaftlicher und ökonomischer Rückständigkeit und gewalttätiger Roheit zu menschlicher Zivilisation und Gesittung seit dem Ende des Quasi-Weltkrieges von 1792-1815. Die zunächst liberale, dann auch sozialistische Idee eines dauerhaften Weltfriedens begann sich gegenüber der statischen Weltsicht vom ewigen Krieg in der Menschengesellschaft in breiten Teilen der Bevölkerung durchzusetzen, so daß seit 1918 wichtige institutionelle Neuerungen zur Vorbereitung eines dauerhaften Weltfriedens erzielt werden konnten, oft auch von konservativen gesellschaftlichen Kräften.

In den Jahren 1900-1987 starben in zwei Weltkriegen und etwa 300-400 lokalen und regionalen Kriegen,⁸ etwa 34 Mill. Menschen in bewaffneten Kämpfen. In der gleichen Zeit ermordeten Kommunisten etwa 110 Millionen Menschen, Nationalsozialisten etwa 21 Mill. und Demokraten etwa 2 Mill. in ungezählten Greueln an Zivilisten und Kriegsgefangenen.⁹ Das waren in absoluten und vielleicht auch in relativen Zahlen weit mehr Opfer politischer Gewalt

als in früheren Zeiten.¹⁰ Die meisten Massenmorde fanden in Zeiten des Staaten- und Bürgerkrieges statt, aber einige auch in Friedenszeiten, z. B. in der Sowjetunion. Die blutigsten Phasen waren die Jahre 1914-1923 mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Nachfolgekriegen, etwa in Rußland und in der Türkei, dann aber vor allem der Zweite Weltkrieg mit seinen Nachfolgekriegen, etwa in Griechenland, Vietnam, Korea, bis zur Konsolidierung des Ost-West-Bündnissystems 1955. Diktaturen in vielen der kriegführenden Länder ließen in Japan und China, Deutschland, Frankreich und in der Sowjetunion nicht einmal im Ansatz gemeinsame politische Antikriegsbekundungen zu, wie sie 1912 in Basel noch möglich gewesen waren.

Von Abrüstung kann in den letzten hundert Jahren keine Rede sein. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt sorgt für eine ständige Vermehrung und vor allem Verfeinerung der militärischen Vernichtungskapazitäten. Allerdings geht von den modernen Massenvernichtungswaffen eine gewisse Abschreckung zu ihrer Anwendung aus, im Frieden wie im Krieg. Wurden im Ersten Weltkrieg noch die Gaswaffen intensiv eingesetzt, konnte im Zweiten ihr Gebrauch fast völlig vermieden werden. 1999 führten erstmals Atommächte, Pakistan und Indien, Krieg gegeneinander, allerdings lokal begrenzt, ohne daß sie ihre Atomwaffen einsetzten. Nukleare Abschreckung trug nachweislich wesentlich zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges im Ost-West-Konflikt nach 1945 bei, besonders deutlich während der Kubakrise im Oktober 1962.¹¹ Dieser Beinaheweltkrieg wurde allein durch die Entscheidung von zwei Menschen, dem US-amerikanischen Präsidenten J. F. Kennedy und dem sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow vermieden, die sich lediglich durch zwei bis drei Dutzend andere Menschen – Politiker und Militärs – beraten ließen. Parlamente und Völker hatten bei dieser Entscheidung nichts zu sagen. An eine breite gesellschaftliche Mobilisierung wie vor 1914 gegen den drohenden Krieg war gar nicht zu denken.

Trotz der Barbarisierung im 20. Jahrhundert sind auch ermutigende Schritte in Richtung dauerhaften Weltfrieden gegangen worden, und zwar aufgrund friedenspolitischer Einsichten konservativer und liberaler Politiker, die aufgrund eigener Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Entwicklung des politischen Denkens und mit ihren Gegenwartsproblemen Institutionen zur Friedenssicherung und Friedensstiftung schufen. Sie ermöglichten die Errichtung des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen, in denen auch im Kantschen Sinne nichtrepublikanische Regime Mitglieder sind. Die Vereinten Nationen umfassen seit 2002 sämtliche Staaten der Erde mit Ausnahme einiger De-facto-Staaten. Die Völkerbund-Satzung erklärte Krieg zu einer Angelegenheit der gesamten Staatengemeinschaft und legte die Grundzüge der kollektiven Sicherheit fest; schließlich sah sie Verfahren zur Kriegsvermei-

dung und friedlichen Streitbeilegung sowie zur Sicherung des ethnisch-nationalen Minderheitsschutzes vor. In den Jahren 1924-28 waren Schritte zur Revision der Friedensverträge und zur Einbeziehung Deutschlands und der USA in die sich stabilisierende Nachkriegsordnung zu erkennen. Die Ächtung des Angriffskrieges im Briand-Kellogg-Abkommen 1928 war ein bleibender völkerrechtlicher Fortschritt, auch wenn kurz darauf mit dem Eindringen Japans in die Mandschurei 1931 eine Ära neuer Angriffs- und Eroberungskriege einsetzte und das System der kollektiven Sicherheit versagte. Sie mündeten in den Zweiten Weltkrieg.

1945 begann ein Zeitalter, in dem Regionen auf der Welt entstanden, in denen der gesellschaftliche Reichtum immens anwuchs, die Lebensverhältnisse der Menschen sich erheblich verbesserten und ihre Lebensdauer sich verlängerte. In manchen Ländern lebten bereits Generationen von Menschen, ohne je aktiv oder passiv an einem Krieg teilzunehmen. Die friedliche inter- und transnationale Organisation der Menschheit machte unübersehbare Fortschritte.

War der Völkerbund noch eine Organisation der kapitalistischen Staaten gewesen, denen die Kommunisten das Projekt einer weltweiten internationalen Sowjetrepublik, deren Kern die UdSSR sein sollte, entgegensetzten, so vereinigten die Vereinten Nationen (VN) kapitalistische Demokratien und Diktaturen sowie bürokratisch-sozialistische Diktaturen. Das Vetorecht der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder beeinträchtigte zwar erheblich die Handlungsfähigkeit der VN, verhinderte aber auch ihr Auseinanderbrechen. Gleichwohl zeigten außer der Kuba-Krise mehrere andere Krisen im Ost-West-Verhältnis, z. B. 1948/49, 1961 und 1973, die reale Gefahr eines dritten Weltkrieges auf. In all diesen Krisen hatten die Arbeiter- und die Friedensbewegung so gut wie nichts zur Krisenbewältigung beizutragen. Sie war fast ausschließlich eine Sache der Vernunft demokratischer wie kommunistisch-diktatorischer Regierungen.

Die nukleare Abschreckung war nur ein Faktor, der die erfolgreiche Weltkriegsverhütung seit 1945 ermöglichte. Zwei andere waren vermutlich viel bedeutsamer. Nach der Niederlage und dem Untergang der faschistischen und faschistoiden Regime in Italien, Deutschland und Japan haben sämtliche Großmächte keine territoriale Expansionspolitik mehr betrieben. Sie begnügten sich mit der ökonomisch-politischen Penetration ihrer Einflußsphären, die gelegentliche Interventionskriege einschloß. Das stabilisierte entscheidend die Vereinten Nationen im Vergleich zum Völkerbund mit seiner fluktuierenden Mitgliedschaft. Zwar waren sich faschistische und kommunistische Diktaturen in ihren grausamen Herrschaftstechniken sehr ähnlich, aber liberale Demokraten und Kommunisten hatten die Vision eines dauerhaften Weltfriedens gemein trotz ihrer unvereinbaren Friedensvorstellungen. Dies erleichterte ganz erheblich das gemeinsame Krisenmanagement in vielen Krisen wie auch im Oktober 1962.

3 Die Fraktionierung der Antikriegs- und Friedensbewegung

Noch weit mehr als die Arbeiterbewegung zerfiel die Friedensbewegung gleich nach Kriegsbeginn entlang zahlreicher Bruchlinien. Dabei bildete sich ein breites Spektrum von manchmal völlig verfeindeten, manchmal auch kooperierenden Friedensorganisationen. Nun wurde Demokratie allgemein als ein konstitutives Element von Frieden angesehen wurde, aber auch soziale Gerechtigkeit. Nur in wenigen Ländern bildeten sich lockere Dachverbände der Friedensorganisationen ohne aktionslenkende Funktionen.¹² Nur wenige Organisationen konnten internationale Verbände mit föderativer Struktur bilden.¹³

In den vergangenen Jahrzehnten entstanden immer wieder ephemere Protestbewegungen gegen einzelne Kriege oder Kriegstypen oder einzelne Rüstungsprojekte, ohne wirklich Einfluß auf die Entscheidungen über Kriege oder Rüstungsvorhaben nehmen zu können. Nur wenige Teilnehmer dieser auf einige Monate oder Jahre begrenzten Bewegungen entschieden sich zum langfristigen Engagement in den Organisationen einer Friedensbewegung, die auf eine dauerhafte Weltfriedensordnung hinarbeiten will. Eine Hauptbruchlinie in der Friedensbewegung trennt seit zwei Jahrhunderten die unbedingten, radikalen, extremen Pazifisten von den bedingten Pazifisten mit Kriegsvorbehalt, die manche Autoren Belli-Pazifisten oder mit Martin Ceadel Pazifizisten nennen. Unter den letzteren bilden, wie in der Sozialistischen Internationale, diejenigen eine Mehrheit, die ganz im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen sowohl den nationalen Verteidigungskrieg - auch im Bündnis mit anderen Nationen – als auch den internationalen Sanktionskrieg für rechtlich und moralisch legitim hält.¹⁴ Sie treten demgemäß auch nicht für allgemeine und vollständige Abrüstung ein, sondern für eine zur Verteidigung hinreichende Rüstung oder gar für eine minimale Atomrüstung, die zur Abschreckung vor Angriffskriegen ausreicht. Eine Minderheit bejaht den Bürgerkrieg zur Verteidigung bestehender, durch Verfassung oder Völkerrecht garantierter Rechte und Freiheiten gegen gesellschaftliche Kräfte, die diese drastisch beschneiden oder abschaffen wollen. Andere treten gar für Bürgerkriege als ein Mittel ein, Menschenrechte und -freiheiten in diktatorisch regierten Staaten durchzusetzen und halten auch internationale Interventionskriege zum Schutze vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder zum Sturze von Diktatoren für legitim, vor allem seit 1991, seitdem die Gefahr der Eskalation eines Interventionskrieges zum Weltkrieg gering geworden ist. Die Belli-Pazifisten oder Pazifizisten waren seit zwei Jahrhunderten stets die überwältigende Mehrheit in der Friedensbewegung, die unbedingten Pazifisten nur eine kleine Minderheit, wenn auch eine größere als in der Sozialistischen Internationale.

Zwei fundamentale Änderungen sind seit 1914 in der Friedensbewegung bemerkenswert. Erstens die Ausbreitung von individueller Kriegsdienstverweigerung (KDV), die bereits von Mitgliedern der Friedenskirchen und zahlreicher christlicher Sekten bis 1918 praktiziert worden war. Sie nahmen oft hohe Haftstrafen in Kauf. In Großbritannien konnten 16.500 Briten nach dem Kriegsbeginn 1914 den Kriegsdienst legal verweigern. 1918 führten weitere Staaten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Mehrere nationale Organisationen der KDV gaben den Anstoß zur Gründung von *Paco* („Frieden“ auf Esperanto), der Vorläuferorganisation der Internationale der Kriegsdienstgegner im Jahre 1921. KDV kann durch prinzipielle Gegnerschaft gegen jegliche Form des Krieges motiviert sein, sich aber auch gegen spezifische Kriege wenden, etwa imperiale Eroberungs- oder Interventionskriege. Die Ablösung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten hochspezialisierter Berufsarmeen mit gewaltigen Zerstörungskapazitäten entzog der individuellen Kriegsdienstverweigerung weitgehend den Boden, da sich für die Berufsarmeen bislang überall ausreichend Rekruten finden.

Seit den 1920er Jahren trat eine neue Form des Widerstands in das Bewußtsein und in die Praxis der internationalen Friedensbewegung: gewaltfreie Aktionsformen wie insbesondere die Nichtzusammenarbeit (Non-Kooperation) und der zivile Widerstand (begrenzte Rechtsverletzung). Sie wurden von Mohandas K. Gandhi und seinen Anhängern in der indischen nationalen Befreiungsbewegung praktiziert und waren primär nicht gegen den Krieg, sondern gegen soziales und politisches, auch in Gesetzesform gefaßtes Unrecht, gerichtet, wurden aber von Teilen der Friedensbewegung auch als Kampfmittel gegen Rüstung, Kriegsdrohungen und Okkupationsregime propagiert. Insgesamt blieb die Resonanz der Vorbildwirkung Gandhis auf die Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit und auch nach 1945 sehr gering.¹⁵

Wie schon vor 1914, so gab es auch in der Zwischenkriegszeit mehrere Versuche, eine Friedenspartei zu gründen, die jedoch alle erfolglos blieben. Sie hatten den fatalen Effekt, den Einfluß der Friedensorganisationen auf die sozial- und liberaldemokratischen Parteien zu schwächen und führten zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen dieser Parteien, etwa mit der Deutschen Friedensgesellschaft 1931, die sich eng an eine Partei gebunden hatte.¹⁶ Das grundsätzliche Dilemma von Friedensparteien besteht darin, daß sie im Parlament auf ein ganzes Spektrum von gesellschaftspolitischen Themen eingehen müssen, über die die Anhänger von Antikriegs-, Antirüstungs- und Friedensbewegungen untereinander völlig uneinig sind, so daß sie sich nicht für eine gesellschaftspolitisch spezifische Friedenspartei einspannen lassen. Die Friedensbewegung wurde durch die Entstehung der kommunistischen und dann der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur vor schier unlösbare Probleme gestellt. Der Molo-

tov-Ribbentrop-Pakt und das nationalsozialistisch-kommunistische Bündnis von 1939-1941 führte gar zur völligen Irritation sowohl der Antikommunisten wie der Antifaschisten in der Friedensbewegung in den westlichen Demokratien.¹⁷

Vielen wurde der imperiale Charakter der deutschen Expansionspolitik erst durch die Besetzung der tschechischen Gebiete Böhmens und Mährens im März 1938 deutlich. Während die meisten bedingten Pazifisten in Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Ländern sich nun auf einen neuerlichen Verteidigungskrieg einstellten und spätestens jetzt die nationale Aufrüstung begrüßten, hielten manche französische Pazifisten an der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland fest, auch noch nach der Niederlage vom Mai 1940. Wie nach 1914, so gingen auch nach 1939 viele Pazifisten in den westlichen Demokratien zum nationalen Verteidigungskriegspatriotismus über, manche für immer, andere nur bis 1945.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg währte die Nie-wieder-Krieg-Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung nur kurz. Der Kalte Krieg und der bereits in der Berlin-Krise 1948/49 drohende Krieg zwischen der diktatorischen Sowjetunion und den demokratischen Westmächten sowie die sowjetischen Versuche, die westliche Friedensbewegung für ihre Militärpolitik zu instrumentalisieren, erneuerten das alte Dilemma national asymmetrischer Wirkungsmöglichkeiten der Friedensbewegung. Je relativ stärker die Friedensbewegung auf der einen Seite einer Konfliktfront ist, desto mehr profitiert die Kriegspartei auf der Gegenseite davon.

Vier Faktoren ermöglichten moralisch-intellektuell trotz der Unterbindung jeglicher Friedensbewegung im kommunistischen Osten eine westliche, demokratische Friedensbewegung mit neuen spezifischen Eigenschaften: 1. Die Erfahrung der militär-technologischen Führungsrolle des Westens, besonders auf dem Sektor der Atomwaffen, begünstigte Vorstellungen des Abrüstungsgradualismus und der Abrüstungsvorleistungen des Westens, die die grundsätzliche Verteidigungsfähigkeit des Westens nicht beeinträchtigen würden. Dies ermöglichte eine zeitweise starke Antinuklearrüstungsbewegung (Ostermarschbewegung)¹⁸ in einigen westlichen Ländern. 2. Die Deutung der Sowjetunion als defensive Großmacht ließ schon in den 1950er Jahren eine Friedensbewegung entstehen, die wichtige intellektuell-politische Wegbereiterfunktionen für die West-Ost-Entspannung seit der Kubakrise 1962 und insbesondere in Europa seit dem Ende der 1960er Jahre erfüllte. 3. Die Existenz einer wechselseitigen totalen nuklearen Vernichtungskapazität im Osten wie im Westen seit dem Ende der 1960er Jahre begünstigte einen weit verbreiteten Nuklearpazifismus, der teilweise auch gegen chemische und biologische Massenvernichtungsmittel gerichtet war. 4. Die enorme militärische Überlegenheit der Westmächte in ihren kolonialen und postkolonialen Konflikten ermöglichten im

Westen eine Friedensbewegung gegen die Kriegspolitik ihrer eigenen Regierung, die in keiner Weise die eigene Landesverteidigung zu beeinträchtigen drohte. Die in den USA und im Westen stark angewachsene Bewegung gegen den Indochina-Krieg trug sicherlich maßgeblich zur Verhinderung eines westlichen Siegfriedens bei. Ihr Erfolg hatte auch noch lange danach einen mäßigen Einfluß auf die Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen.

Im Auflösungsprozeß der kommunistischen Einparteienherrschaft in Europa entstanden im Osten Friedens-, Umwelt- und schließlich Bürgerrechtsbewegungen, die die Initiative zur Demokratisierung ihrer Gesellschaften übernahmen und damit auch das Gewicht der westlichen Friedensbewegungen stärkten. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime und der UdSSR schwand die Gefahr der Eskalation lokaler Kriege zum weltweiten Krieg.

Offenbar hat eine Antikriegsbewegung nur einmal in den vergangenen hundert Jahren ernsthafte Kriegspläne durchkreuzt. Am Ende und nach dem Ersten Weltkrieg verhinderte eine überwiegend von Sozialdemokraten getragene Hände-weg-von-Sowjetrußland-Kampagne¹⁹ eine nachhaltige britische und französische Militärintervention gegen das damals noch schwache Regime der Bolschewiki und machte damit ungewollt der späteren Diktatur Lenins und Stalins den Weg frei. Indirekt dürfte manche Antikriegsbewegung einen gewissen Erfolg darin erzielt haben, daß sie Regierungen davon abhielt, sich in Konflikte militärisch hineinziehen zu lassen, um eine Spaltung der Gesellschaft durch eine breite Antikriegsopposition in der Bevölkerung zu vermeiden. Ähnliches gilt für manche Antirüstungsbewegungen, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreichten, wie z. B. die Verhinderung der „Nachrüstung“ der NATO mit Mittelstreckenraketen in den Jahren 1980-83, die aber eine größere Zurückhaltung mancher Parteien und Regierungen bei weiteren Rüstungsprojekten veranlaßten.

Wie schon bei der Beendigung des Apartheid-Regimes in Südafrika und bei der Beseitigung manch anderer Diktatur zeigte sich im Osten Europas die Macht von gewaltlosen Bewegungen. Doch aus diesen Erfolgen zogen weitere diktatorische Regime die Lehre, solche Bewegungen noch frühzeitiger und rigoroser zu unterdrücken. Dies begünstigte wiederum gesellschaftliche Kräfte, die zum Schluß kamen, daß herrschende Gewalt nur durch oppositionelle Gewalt zu besiegen sei. Ursprünglich gewaltlose Bewegungen wurden dann von Bürgerkriegsparteien in den Hintergrund gedrückt, so im Kosovo vor 1999 und in Syrien seit der zweiten Hälfte von 2011. Insgesamt aber scheint viel zu wenig ins allgemeine Bewußtsein gerückt zu sein, daß eine ungezählte Anzahl von faschistoiden, kommunistischen, monarchisch-absolutistischen und militärdiktatorischen Regimen in den letzten vier Jahrzehnten durch gewaltlose Revolutionen gestürzt worden sind.

4 Unvereinbarkeiten und Übereinstimmungen unterschiedlicher Friedensbestrebungen

Die Unvereinbarkeit unterschiedlicher Friedensbestrebungen ergibt sich zum einen aus unvereinbaren, dogmatisch verfestigten Kriegsursachenlehren. Auch bei der Fraktionierung der Friedensbewegung spielte dieser Faktor eine verderbliche Rolle. Zum anderen wird in den letzten Jahrzehnten immer häufiger unter Frieden „mehr“ als Nichtkrieg verstanden, also der Friedensbegriff mit zusätzlichen gesellschaftspolitischen Inhalten gefüllt, die unvermeidlich kontrovers sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Sozialismus, soziale Marktwirtschaft, Selbstbestimmung der Völker, Geschlechtergleichberechtigung und vieles andere mehr.²⁰ Die leichtfertige Denunziation eines Nichtkrieges als Scheinfrieden im Namen eines echten oder „positiven“ Friedens begünstigt Spaltungen der Friedensbestrebungen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Kräfte, legitimiert oft auch die Kriegsbereitschaft für irgendeinen „positiven“ Frieden, als ob „negativer“ Frieden, also Nichtkrieg, ein schreckliches Übel sei. Die meisten Menschen wünschen zwar Frieden, sind aber bereit, für ihren Frieden Krieg gegen diejenigen zu führen, die einen anderen Frieden wollen. Die Sozialistische Internationale hat mit der Aussage, daß Frieden und Weltsozialismus identisch sei, einen großen Schritt in Richtung Dogmatisierung von Vorstellungen getan, die „mehr“ als Nichtkrieg wollen.

Noch im 19. Jahrhundert war es üblich, den Begriff Frieden von anderen Begriffen zu scheiden. Die meisten Friedensfreunde wollten zwar stets mehr als Frieden, nämlich anfangs z. B. die Abschaffung der Sklaverei, den Freihandel, später bürgerliche und nationale Freiheit, Demokratie usw., aber sie sprachen dann stets von Frieden und Freiheit, Frieden und Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit, also von *pax et justitia*, nicht von *pax justa* (gerechter Frieden) oder vom demokratischen Frieden. Auch heute ist es sinnvoll, nicht nur für Frieden, sondern auch für andere Werte und Ziele einzutreten und zu kämpfen, aber die Vermeidung eines überladenen, „positiven“ Friedensbegriffs erleichtert die Zusammenarbeit zwischen Menschen, die ganz unterschiedliche sonstige und oft unvereinbare Ziele verfolgen. Die Vermeidung des großen Ost-West-Krieges beruhte auf der Zusammenarbeit von Demokraten und Diktatoren. Auch Diktaturen haben oft ein Interesse am Frieden als Nichtkrieg.

5 Option einer multidimensionalen Friedenspolitik

Welche politischen Schlußfolgerungen ziehe ich persönlich aus den historischen Erfahrungen von Krieg und Frieden, die hier nur knapp skizziert werden konnten. Zunächst meine ich, daß

der enge, oft als „negativ“ gescholtene Friedensbegriff der sinnvollste ist, weil er eine Übereinstimmung zwischen völlig unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kräften ermöglicht, die in einem einig sind: der Vermeidung und Abschaffung des Krieges. Unter dauerhaftem Weltfrieden ist demnach eine internationale gesellschaftspolitische Ordnung zu verstehen, in der keine Kriege mehr stattfinden, gleichgültig, wie diese Ordnung gestaltet ist. Frieden ist hiernach Nichtkrieg und zunächst nichts als Nichtkrieg. In manchem Frieden existiert extreme Ungerechtigkeit, Knechtschaft, Unterdrückung, Ausbeutung, Alltagsgewalt, Verbrechen, Armut, Hunger, Elend und moralische Verlüderung. Aber die Erfahrungen gewaltloser Bewegungen haben gezeigt, daß es möglich ist, gegen all dies Schreckliche auch ohne Waffengewalt erfolgreich zu kämpfen, auch wenn dieser Kampf oft viel länger währt als ein Krieg.

Doch hiervon gibt es eine wichtige Ausnahme: der Massen- oder Bevölkerungsmord (Demozid).²¹ Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß es Frieden geben kann, in dem nicht auch der gesellschaftspolitische Massenmord ausgeschlossen ist. Ein Frieden, in dem von der Staatsgewalt ein Massenmord verübt oder geduldet wird, ist der einzige Frieden, zu dessen Beendigung ein Krieg ethisch und zunehmend auch völkerrechtlich zu rechtfertigen ist.

Aus den Kriegen der letzten ein- oder zweihundert Jahre und aus der langen Kriegsgeschichte zuvor läßt sich keine rationale, wissenschaftlich begründete Erkenntnis ziehen, daß ein dauerhafter Weltfrieden nicht möglich ist. Er bleibt also ein vernünftigerweise anzustrebendes Ziel. Die gesellschaftspolitische Institution Sklaverei wurde vor einigen tausend Jahren eingeführt und konnte erst im 19. Jahrhundert abgeschafft werden.²² Die gesellschaftspolitische Institution Krieg ist wesentlich älter. Sie entstand vor einigen zehntausend Jahren²³ und ist wesentlich zählebiger. Sie ist nicht naturnotwendig, sondern kulturbedingt, insofern abschaffbar.

Gelingt es, einen Weltkrieg zu vermeiden, aus dem vermutlich eine neue Weltordnung hervorgehen würde, dann ist der Weltfrieden nur als für eine lange Zeit bewaffneter Frieden unter dem Verteidigungskrieg gerüsteten und bereiten Nationalstaaten denkbar, weil die meisten Menschen nach wie vor auf ihren Kriegsvorbehalt im Falle eines militärischen Angriffs auf ihren Nationalstaat und seine gesellschaftliche Ordnung nicht verzichten wollen und werden. Unter der Ägide des ständig zu reformierenden und auszubauenden Systems der Vereinten Nationen haben viele nationale Gesellschaften bereits gelernt, Angriffskriege ihres Staates zu vermeiden. In Zukunft gilt es, auch solche Situationen zu verhindern, in denen zwei Staaten oder Staatenbündnisse glauben könnten, sich in einen wechselseitigen Verteidigungskrieg einlassen zu müssen. Die Kubakrise war eine derartige Situation. Heute konstituiert die Drohung Irans, Israel als Staat und vorwiegend jüdisches Siedlungsgebiet von der Landkarte zu

tilgen und die Drohung Israels, die iranischen Atomanlagen durch einen präventiven Verteidigungskrieg zu zerstören, eine solche Situation.

Unbestreitbar hat nukleare Abschreckung zur Verhinderung mancher Kriege und zur Mäßigung der Kriegsführung bei einigen Kriegen beigetragen. Das wirft das Problem auf, daß eine vollständige nukleare Abrüstung, also nicht nur eine Reduzierung von nuklearen Waffententialen, konventionelle Kriege wieder leichter führbar machen würde. Es unterstreicht die hier vertretene Grundthese, daß Frieden nicht durch unilaterale oder allgemeine Abrüstung herbeizuführen ist, sondern Abrüstung erst nach einem jahrzehntelangen Frieden möglich ist. Das schließt nicht unilaterale und international vereinbarte Rüstungsbeschränkungen und -reduzierungen aus, die nicht die Verteidigungsfähigkeit der Staaten gefährden.

Im Unterschied zur Auffassung der führenden Vertreter der Arbeiterbewegung 1912 kann man heute nicht mehr von einer einzelnen Kriegsursache wie z. B. der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sprechen. Es gibt nur eine allgemeine Voraussetzung von Krieg, den Willen von Menschen, Krieg zu führen. Insofern geht es darum, solche gesellschaftspolitische Strukturen zu schaffen, in denen kein Wille zum Angriffskrieg oder zum wechselseitigen Verteidigungskrieg mehr entsteht. Diktatoren können den Willen zum Frieden ebenso aufbringen wie Demokraten, Christen wie Moslems und Atheisten, Kapitalisten wie Sozialisten, Unternehmer wie Lohnabhängige, und viele andere gesellschaftliche Gruppen mehr. Es gibt keine auserwählte friedensstiftende gesellschaftliche Großgruppe, soziale Klasse oder Nation.

Da unterschiedliche menschliche Großgruppen unterschiedlichen Frieden wollen, bleibt es deshalb wie in den vergangenen hundert Jahren auch in Zukunft unwahrscheinlich, daß irgendwann eine Weltfriedenspartei oder eine einheitliche Organisation einer Weltfriedensbewegung entsteht, die in allen Ländern, auf die Mehrheit der Bevölkerung gestützt, die Macht erringt und den Weltfrieden gegen immer noch kriegswillige Minderheiten erzwingt. Weit wahrscheinlicher ist, daß Weltfrieden die Resultante ganz unterschiedlicher, und sich größtenteils auch widersprechender Friedensvorstellungen und Friedensbestrebungen sein wird, die sich lediglich darin einig sind, Frieden nicht mit Krieg zu erzeugen oder zu erhalten.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer multidimensionalen Friedenspolitik, die das Zusammenwirken höchst unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Akteure – von staatlichen wie Regierungen, Parlamenten, Gerichten, Militärs, Polizeien bis zu gesellschaftlichen aller Art wie Parteien, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Erziehern und Individuen vorsieht. Im Idealfalle könnte es sich dabei um eine koordinierte

Politik der unterschiedlichen Akteure handeln, realiter wird es eher ein unbewußtes Zusammenwirken sein. Die Hauptverantwortung für Kriegsvermeidung und Friedensstiftung liegt nach wie vor bei denen, die über die Gewaltmittel zum Krieg verfügen, gleichgültig, ob sie durch demokratische Wahlen oder durch diktatorische Usurpation an die Macht in Regierungen oder zum Bürgerkrieg fähigen Organisationen gekommen sind. Andere Akteure, die nicht über den Einsatz der Gewaltmittel verfügen, müssen klären, ob sie die Entscheidungen der Gewalthaber friedenspolitisch beeinflussen oder diese durch andere Personen ersetzen können, die entschieden friedenswillig sind. Je nach gesellschaftspolitischer Stellung bestehen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten kollektiver wie individueller Akteure.

Die Bereitschaft zum nationalen Verteidigungskrieg wird vermutlich auch in der absehbaren Zukunft nicht schwinden. Nur kleine gesellschaftliche Minderheiten sind bereit, nationale und soziale Freiheiten gegen fremde Eroberer ausschließlich mit gewaltlosen Mitteln zu verteidigen. Es ist unwahrscheinlich, daß aus ihnen in den kommenden Jahrzehnten politisch durchsetzungsfähige Mehrheiten in einzelnen Ländern oder gar weltweit werden. Somit dürfte der bedingte Pazifismus oder Pazifizismus nicht nur von Friedensbewegungen, sondern auch von Regierungen, Militärs und etablierten Verbänden eine ausschlaggebende Rolle bei der Stiftung eines dauerhaften Weltfriedens spielen, nicht der unbedingte Pazifismus.

Damit kommt die Hauptbedeutung gewaltloser Bewegungen wie in der Arabellion Ägyptens und Tunesiens, nicht so sehr der Landesverteidigung zu, sondern sie liegt darin, undemokratische Regime abzulösen, die nur noch von gesellschaftlichen Minderheiten unterstützt oder geduldet werden. Außerdem sind sie in der Lage, bestehende soziale und politische Freiheiten gegen diktatorische Usurpatoren zu verteidigen wie im Falle des Kapp-Putsches in Deutschland im März 1920 oder des Putsches der Guardia Civil in Spanien im Februar 1981. Die erfolgreiche Überwindung von Diktaturen aller Art seit den 1970er Jahren läßt hoffen, daß in Zukunft immer häufiger Bürgerkriege wie in Libyen und Syrien vermieden werden können.

Unbedingte Pazifisten bleiben auch in Zukunft immer wieder gezwungen, wie vor 1939 in Europa, zwischen den Parteien eines Angriffs- und eines Verteidigungskrieges zu unterscheiden und ihr Gewicht für die eine oder andere Seite in die politische Waagschale zu werfen. Gewalt ist nicht gleich Gewalt. Knechtende Gewalt ist etwas anderes als befreiende Gewalt. Der beliebte Spruch, daß Gewalt nur Gewalt gebiert, ist historisch schlicht falsch. Die Tore von Auschwitz wurden nicht von Pazifisten, sondern von im Verteidigungskrieg siegreichen Soldaten für die letzten überlebenden Häftlinge geöffnet. Eine rechtzeitige militärische Intervention in Ruanda hätte wohl Hunderttausenden Menschen das Leben retten können, wenn sie

auch vielleicht Tausenden anderen den Tod gebracht hätte. Mohandas K. Gandhi war dreimal in seinem Leben Kriegsfreiwilliger, weil er vor 1920 noch der Ansicht war, daß die britische Kriegspartei eine gerechte Sache vertrete, die er mit gewaltfreien Mitteln unterstützen wollte.

6 Die Tendenz zur Verstetigung der Institution des begrenzten Krieges

Wie werden sich Krieg und Frieden in den kommenden Jahrzehnten vermutlich entwickeln? Seit 1991 ist die Gefahr eines dritten und nuklearen Weltkrieges beträchtlich gesunken, aber nicht beseitigt. Der wirtschaftliche und der politisch-militärische Aufstieg der Volksrepublik China könnte, falls die Kommunistische Partei noch lange an der Macht bleibt, zu einem neuen gesellschaftspolitischen Ost-West-Konflikt zwischen autokratischen Regimen unterschiedlicher Orientierung und den westlichen Demokratien führen, der große Teile der Welt einbezieht und die Gefahr eines dritten Weltkrieges wiederbelebt. Die wirtschaftliche und politisch-militärische Macht der USA dürfte weiter abnehmen. Zwar wurden die Atomarsenale der USA und Rußlands erheblich reduziert, aber gleichzeitig ist die nukleare Proliferation vorangeschritten, sind weitere Atommächte entstanden (Indien, Pakistan, Nordkorea) oder vermutlich im Entstehen begriffen (Iran). Zahlreiche seit langem bekannte und heute noch nicht absehbare internationale Konflikte könnten sich zu eskalationsträchtigen regionalen Kriegen auswachsen. Der permanente Fortschritt der Rüstungswissenschaft und -technik wird primär nicht auf eine Vermehrung der Vernichtungskapazitäten, sondern des gezielten und begrenzten Einsatzes militärischer Zerstörungsfähigkeiten orientiert sein. Dies reduziert einerseits die Gefahr eines umfassenden Vernichtungskrieges, beinhaltet aber andererseits die Verstetigung der Institution des zeitlich, räumlich und waffentechnisch begrenzten Krieges. Ein dritter Weltkrieg ist somit vorerst unwahrscheinlich, lokal und regional sowie in der Anwendung vorhandener Waffen begrenzte Kriege bleiben jedoch weiterhin höchstwahrscheinlich und finden auch weiterhin täglich in manchen besonders kriegsträchtigen Teilen der Welt statt.

Die mediale Verflechtung der internationalen Gesellschaft macht Kriege und Massenmorde in Teilen der Welt weit mehr als 1912 zu Ereignissen, die den Protest von mittlerweile weit über zehn Millionen Menschen, wie am 15. Februar 2003 vor dem bevorstehenden Interventionskrieg der USA und anderer kriegswilliger Staaten, hervorrufen, so daß immer wieder sporadische Antikriegs- und Antirüstungsbewegungen entstehen werden. Ihre Verknüpfung zu einer steten und kontinuierlich arbeitenden Weltfriedensbewegung in allen 196 Ländern der Erde ist derzeit nicht absehbar, bleibt aber eine sinnvolle und mögliche Aufgabe. Sie bleibt das bleibende Vermächtnis des Baseler Friedenskongresses der internationalen Arbeiterbewegung.

Anmerkungen:

¹ Die Zahlen für die Senioren und Männer betragen 71,1 und 69,1, für die Studenten und Frauen 46,2 und 61,3 %

² Die entsprechenden Prozentzahlen bei dieser nicht repräsentativen Umfrage für die Senioren sind 71,1 %, 18,6 % und 9,3 %. Fünf Teilnehmer, und zwar ausschließlich Frauen, konnten oder wollten diese Fragen nicht beantworten.

³ Die entsprechenden Prozentzahlen waren 70,1, 22,4 und 5,7.

⁴ Die These, „daß die ersten beiden Weltkriege eine Folge der wachsenden Verflechtung der menschlichen Gesellschaft waren und demzufolge infolge der Globalisierung höchstwahrscheinlich ein Dritter Weltkrieg im 21. Jahrhundert folgen wird, vermutlich schon in den nächsten fünfzig Jahren“, bejahten 24,4 Prozent der Befragten. Seinerzeit waren die Mannheimer Befragten in dieser Hinsicht optimistischer. Die entsprechenden Prozentzahlen lautete 18,1, während 74,7 % einen Dritten Weltkrieg für höchst unwahrscheinlich hielten.

⁵ Braunthal, Julius ²1974: Geschichte der Internationale, Band 2, Berlin/ Bonn-Bad Godesberg, S. 275-283.

⁶ Karl Holl vermerkt, daß die kontinentaleuropäische Geschichtsschreibung die Ausdrücke Friedensbewegung und Pazifismus synonym verwende, während im angelsächsischen Bereich unter Pazifismus oft nur die unbedingte Kriegsgegnerschaft bezeichne (Holl, Karl 1988: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt, S. 18 f.), der, völkerrechtliche Pazifismus hingegen Internationalismus genannt werde. Sinnvoller ist wohl eine gemeinsame Terminologie, für die sich die Unterscheidung zwischen (unbedingtem) Pazifismus und bedingtem Pazifismus oder Pazifizismus (nach Martin Ceadel) empfiehlt. Siehe hierzu die Anmerkung 22 zur vorigen Vorlesung.

⁷ Siehe Degen, Bernhard u.a. (Hg.) 2012: Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität, Basel, S. 128.

⁸ Die unterschiedlichen Zahlen in gängigen Kriegsstatistiken sind eher durch unterschiedliche Kriegsbegriffe als durch unklare empirische Befunde über die politische Gewaltanwendung verursacht, siehe Ferdowsi, Mir A.: Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg: in: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hg.) 1996: Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch, 3. Aufl., München/ Wien, S. 308.

⁹ Die Zahlen stammen aus den Berechnungen vom Rummel, Rudolph J. 1994: Power, Genocide and Mass Murder, in: Journal of Peace Research 31, Heft 1, S. 4-6. Zur Kritik an diesen Zahlen siehe , Steven 2011: Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit, Frankfurt, S. 478.

¹⁰ Zum Zweifel an den relativen Vergleichszahlen anderer Jahrhunderte siehe Pinker 2011 (Anm. 53), S. 296.

¹¹ Siehe den Brief Chruschtschows an Kennedy vom 26.10.1962 und Kennedys Bemerkung, daß ein Fehler von ihm 200 Millionen Menschen das Leben kosten könne, nach Beschloss, Michael R. 1991: The crisis years: Kennedy and Khrushchev 1960-1963, New York, S. 516-520 und 523.

¹² So etwa das Deutsche Friedenskartell, das jedoch nur von 1920-1929 existierte und das an seinen inneren Gegensätzen zerbrach, siehe Holl 1988 (Anm. 6), S. 189-196.

¹³ So etwa das Internationale Friedensbüro, der Internationale Versöhnungsbund, die Internationale der Kriegsdienstverweigerer, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

¹⁴ Von einem allgemeinen Gewaltverbot der VN, das oft fälschlich behauptet wird, kann keine Rede sein. Nur eine spezifische Form der Gewalt wird nach Art. 2, Abs. 4 der VN-Satzung verboten. Art. 51 und Art. 42 legitimieren sowohl den nationalen Verteidigungskrieg als Naturrecht als auch den internationalen Sanktionskrieg des VN-Sicherheitsrates, auch wenn das Wort Krieg vermieden wird.

¹⁵ Zur recht unterschiedlichen Resonanz Gandhis in den gesellschaftlichen Gruppierungen in Deutschland siehe Jahn, Beate 1993: Politik und Moral: Gandhis Herausforderung für die Weimarer Republik, Kassel: zur Rezeption in Großbritannien siehe Caedel, Martin 1980: Pacifism in Britain 1914-1945. The Defining of a Faith, Oxford, S. 29, 88-90, 128, 250-252.

¹⁶ Riesenberger, Dieter 1985: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen, S. 160.

¹⁷ Ceadel 2000: Semi-Detached Idealists. The British Peace Movement and International Relations, Oxford, S. 326; Ingram, Norman 1991: The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919-1939, Oxford, S. 179-245. Zum Dissens in der französischen sozialistischen Partei siehe Gombin, Richard 1970: Les socialistes et la guerre. La S.F.I.O. et la politique étrangère entre les deux guerres mondiales, Paris – La Haye, S. 230-254.

¹⁸ Otto, Karl A. 1979: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970. Frankfurt am Main/New York 1979.

¹⁹ Zu der revolutionären Stimmung in ganz Europa bei der Einleitung der Kampagne am 9. Februar 1919 in London, kurz vor Bildung der ungarischen und der bayerischen Räterepublik siehe Carr, Edward Hallett 1971: The Bolshevik Revolution 1917-1923, Bd. 3, London, S. 135 f.; siehe auch Ceadel 1980 (Anm. 14), S. 55.

²⁰ Siehe Brock, Lothar 2006: Was ist das ‚Mehr‘ in der Rede, Friede sei mehr als die Abwesenheit vom Krieg?, in: Sahm, Astrid/ Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hg.): Die Zukunft des Friedens. Band 1: Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, 2. Aufl., Wiesbaden, S. 95-114.

²¹ Der Begriff des Demozids wurde durch Rudolph J. Rummel eingeführt. Zur begrifflichen Unterscheidung der drei Formen von Demozid: Genozid, Soziozid und Politizid siehe Jahn, Egbert 2004: Der Holodomor im Vergleich. Zur Phänomenologie der Massenvernichtung, in: Osteuropa 54, Heft 12, S. 22.

²² Zur Geschichte der Sklaverei siehe Everett, Susanne 1998: Geschichte der Sklaverei, Augsburg.

²³ Zur Entstehung des Krieges siehe die Übersicht bei Jahn, Egbert 2012: Frieden und Konflikt, S. 54-60.